

Neue Tageszeitung

Die „Neue Tageszeitung“ erscheint jeden Freitag, Kesselringstraße 12, im „Lagerhaus“, Berlin, im Verlage von Carl Schönbach & Co. Die Abnahme der Zeitung ist nach dem Bestellgeld; bei den Abnehmern monatlich 1,00 Mk. einschließlich Transport. Anzeigen: Grundpreise 20 Bln., lokale 20 Bln., Anzeigen von auswärtig werden durch Vermehrung des Preises erhoben. Erfindung: Friedrich Schönbach, Schriftleitung und Verlag: Friedrich Schönbach, Postfach 12, Fernsprecher 14, Postfach 1200 Nr. 1919, 1-11 Frankfurt a. M.

Au die Heimat!

Die Truppen der 5. Armee, die heldenmütig allen Anstrengungen vor Berlin getrotzt haben, kehren unerschüttert nach unerschütterlichen Anreizungen in die Heimat zurück.

Vaterländische Hauptes, im Bewußtsein, ihre vaterländische Pflicht die zum Letzten erfüllt und die Heimat vor den Schrecken des Krieges im eigenen Lande bewahrt zu haben, ziehen sie mit klügelndem Spiel und Gesang durch die deutschen Gauen ihrer engeren Heimat entlassen.

Bewohner der schönen Lande an Mosel und Rhein, von Weizen, Getreide und Äpfeln, feiert den heimkehrenden tapferen Söhnen unseres Vaterlandes einen

Dank- und Willkommengruß

nach dem sie verlassen.

Schmückt eure Häuser und Straßen und laßt die deutschen Landesfarben wehen, damit wir daraus die Liebe der Heimat erkennen, die wir so lange entbehrt haben.

Helft alle den Soldaten! Bezaure und jeder einzelne greift zu, wo ihr könnt, seht die Quanzier, die Wenzler, die für die Wende, heißt das Gewand tragen, löst in die Straßen, wo es nötig ist, erleichtert die Straßen, bietet eure Hilfe an.

Betrachtet es als vaterländische Pflicht, uns durch eueren Arbeit und Gehorsam zu unterstützen, um das schwere Kreuz zu vermindern, die Armees geordnet und in Gesundheit nach Hause zu führen.

Ein jeder helfe dazu!

Wohlerwartet sind alle gewiß, die in freier Selbstbestimmung und mit vaterländischem Eifer uns die Heimat erleichtern!

Der Oberbefehlshaber:

von der Marck, General der Kavallerie.

Anruf.

Berlin, am 22. November 1918.

Unser Vaterland blüht nach vierjährigem Kriege aus schweren Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung. In Stelle von Recht und Ordnung droht der Umsturz aller Dinge.

Wieses ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen Lebensvollen Inhalt zu geben.

Unser Zukunft wird in der Nationalversammlung entschieden werden. Sie ist alsbald einzuberufen; für die Wahl ist volle Freiheit zu gewähren. Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Persönlichkeit verfahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot und Frieden. Staat und Volk, angeleitet mit starker Autorität, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Rechts- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die nationale Kultur und die soziale Wohlfahrt zu fördern.

Am Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. Deutsches Wesen und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen.

Zur Durchführung dieser Grundsätze bei der Bestimmung des neuen Deutschlands erstreben wir Unterzeichneten den Zusammenschluß aller gleichgesinnten deutschen Männer und Frauen sowie aller gleichgesinnten Parteien und Parteigruppierungen zu

einer neuen Partei,

für die wir den Namen

Deutschnationale Volkspartei

vorschlagen.

Um die Wunden zu heilen, die der Krieg unsern lässig geprägten Vaterlande geschlagen hat, und um Recht und Ordnung wiederherzustellen, sind wir bereit, mit allen Parteien zusammen zu arbeiten, die dasselbe Ziel erstreben. So muß es geschehen, unser Volk aus dem Jammer dieser Tage herauszuführen und kommenden Geschlechtern eine bessere Zukunft zu sichern.

Für das zu schaffende Parteiprogramm schlagen wir als Anhaltspunkte folgende

Richtlinien

1. Wir treten ein für ein starkes deutsches Volkstum, das seine Einigkeit, Freiheit und Selbstständigkeit gegen äußere Macht zu wahren entschlossen ist und sich unabhängig hält von fremden Einflüssen.

2. Wir fordern die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Persönlichkeit zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.

3. Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift und Freiheit der Wissenschaft sind verfassungsmäßig festzusetzen. Das Privatvermögen ist gegenüber den geplanten Einwirkungen der Sozialdemokratie zu schützen. Dem zivilen Wahlrecht stimmen wir auf Grund der neuesten Entwicklung zu.

4. Wir halten fest an dem Grundgedanken der Volkswirtschaft und sind bereit, sie durch die gemeinwirtschaftliche Betriebsform in Gewerkschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinde bei den dafür geeigneten Betrieben im sozialen Interesse zu fördern.

5. Wir fordern den zehnjährigen Aufbau der im Kriege zerstörten wirtschaftlichen Zwangsverhältnisse und die Auflösung der Grundbesitzverhältnisse.

6. Eine durchgreifende Reform der Wohnungsnot ist als Voraussetzung jeder gesunden Bevölkerungspolitik auch durch Schaffung von Wohnstätten wirksam zu fördern.

7. Wir fordern Wiederherstellung des blutigen Landes durch umfassende Bodenreformpolitik zur Schaffung von Ackerland und Gemeinwirtschaftlichen Betrieben für Landarbeiter. Hierfür ist Grundbesitz des Staates der Gemeinden und Privater in angemessenem Umfang gegen Entschädigung zur Verfügung zu stellen.

8. Für die Wiedererrichtung des durch den Krieg zerstörten öffentlichen Mittelstandes, auch der geistig arbeitenden Teile der Bevölkerung, werden wir eintreten.

9. Der Aufbau unserer Sozialpolitik ist festzusetzen. Das Wahlrecht aller Arbeiter ist sicherzustellen. Der soziale Aufstieg ist zu erleichtern.

10. Den Beamten, Lehrern, Militärveteranen und Angehörigen des öffentlichen und öffentlichen Lebens ist eine rechtlich und wirtschaftlich gesicherte Lebensstellung zu gewährleisten. Das Beamtenrecht und das Staatsbeamtenrecht sind in neuem Geiste zu gestalten.

11. Wohlhabende Fürsorge für die Kriegsbekämpften und die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen ist Pflicht des Reiches.

12. Die Verwaltung ist zu vereinfachen und in sozialen Geiste zu führen. Die Beamten in Staat und Gemeinde sind ohne Rücksicht auf Parteistellung und religiöses Bekenntnis nach Maßgabe der Befähigung der Beamten zu befragen. Das Beamtenrecht darf nicht ausschließlich für den Eintritt in einen Lebensberuf entscheidend sein.

13. Wir treten für eine freihändlerische Gestaltung der Gemeinwesen ein.

14. Die öffentlichen Aufgaben sind nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit und Tragfähigkeit auszubauen. In dem einheitlich ausgearbeiteten Steuerwesen sind Vermögen und Einkommen für die Deckung der Reichs-, Staats- und Gemeindeforderungen in ausreichendem Maße zur Steuer heranzuziehen. Soweit es eine gesunde Volkswirtschaft zuläßt, die Kriegsschulden sind auf das Schicksal zu erfassen.

15. Wichtigste Aufgabe für die Volksschule als Grundlage der Bildung des Volkes ist notwendig. Der Aufstieg von der Volksschule zur höheren Bildung ist auch wirtschaftlich zu ermöglichen. Die Bildung geistigen Lebens und geistiger Werte werden wir uns angelegen sein lassen.

16. Die Mitarbeit der Frau am öffentlichen Leben ist geboten.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Deutschnationalen Partei nimmt zu diesem Aufruf mit folgender Erklärung Stellung:

Über die ärmlichen Verhältnisse des Tages hinaus muß für die Zukunft vorgesorgt werden. Seit längerer Zeit hatte die konservative Parteileitung im Einvernehmen mit den Fraktionen des Reichstages, Herrenhauses und Abgeordnetenhaus die Pflicht der konservativen Partei erkannt, sich mit neuem Geiste zu erfüllen, um den Aufgaben der neuen Zeit gerecht zu werden, die durch den Krieg und die mit ihm verbundene Wandlung unserer politischen Verhältnisse entstanden sind. Als der engere Vorstand der Deutschnationalen Partei am 7. November d. J. eine Neubearbeitung des Parteiprogramms in Aussicht stellte, war zu diesem Zweck bereits wertvolle Vorarbeit in den Fraktionen geleistet worden. Dabei hatte man Bedacht genommen, daß das Programm den Prinzipien gegenseitiger Rücksichtungen entsprechen und weitere Volkstreue als bisher umfassen sollte. Auch in den neuentstandenen Verhältnissen müssen diejenigen Aufgaben gestellt werden, zu deren Erfüllung in jedem geordneten Staatswesen eine klare Rechte unentbehrlich ist. Revolution und Waffensstillstand haben die Fortsetzung dieser

Arbeit auf dem sachgemäßen Wege vorerst weitestgehend erledigt. Die Zukunft aller Äußerer und inneren politischen Verhältnisse des Deutschen Reiches ist zurzeit derartig unklar, daß ein endgültiges Parteiprogramm kaum abgeleitet werden kann. Andererseits sind sofortige Maßnahmen zur Klärung der Parteiverhältnisse unerlässlich geworden, zumal da die Wahlen zur Nationalversammlung, in der über Deutschlands Zukunft entschieden werden soll, möglicherweise sehr nahe bevorstehen.

Diesem Vortragsprogramm der Partei kommt der beste öffentliche Auftrieb entgegen, in dem Männer und Frauen verschiedener Parteirichtungen und Berufsstände den Zusammenschluß zu einer deutschen nationalen Volkspartei auf der Grundlage vorläufiger, als Anhaltspunkte geeigneter Richtlinien vorschlagen. Wir haben sofort die nötigen Schritte eingeleitet, um soweit es die Verhältnisse gestatten, die Parteifrage der ordentlichen Parteiverhältnisse über die Zielsetzung der konservativen Partei zu diesem Fortschritt herbeizuführen und unsere Kräfte im Lande die Gelegenheit zur Mitarbeit dabei eröffnen.

Geschäftsführender Ausschuss der Deutschnationalen Partei.

In Vertretung:

Stolzmann, Graf Schwarz

Die rote Fahne.

Kassel, 26. Nov. (WB.) Bereits vor einigen Tagen hatte ein Offizier mit zwei Unteroffizieren eine der von dem Truppenkommando vor dem Bahnhof stehenden roten Fahnen herabgerissen. Heute früh 5 1/2 Uhr erschienen Leutnant Krüger, Hauptmann Kroska und ein dritter Offizier dessen Namen nicht festgestellt werden konnte, und rissen beide rote Fahnen herab, um sie zu zerstören. Auf die von dem Volke alarmierte Wachmannschaft ließ Leutnant Krüger mit dem Generalkommando darauf von der Wache Wache verlegt. Der Hauptmann wurde gefesselt und abgeführt, der dritte Offizier ebenfalls.

Der Zentral-Arbeiter- und Soldatenrat warnt in einem Aufruf vor Verleumdungen der roten Fahne, die unabsichtlich geschändet werden könnten, und verweist auf das Beispiel der Sozialdemokratie, die trotz ihrer Anfechtung die schwarz-rote und schwarz-rote Fahne unentbehrlich läßt.

In verschiedenen Blättern finden wir folgende unverständliche Nachrichten:

Kassel, 26. Nov. Die Rheinbrücke bei Weiskopf ist auf der böhmischen Seite von den Franzosen besetzt. Als von deutscher Seite dagegen protestiert wurde, erklärte der französische Offizier, er habe Befehl dazu. Die Franzosen haben versprochen, daß sie auf jeden deutschen Soldaten schießen würden, der sich mit der roten Fahne sehen läßt.

Der Verkehr zwischen Deutschland und den besetzten Gebieten.

Esna, 24. Nov. (WB.) Heute ist General Rabant folgende Karte überreicht worden:

Hierbei gelangten Nachrichten zufolge ist seit der Besetzung Esna-Verbindungen durch die Offiziere der Besetzung zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen. Dies erstreckt sich nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch auf den Telefon-, Telegramm- und Postverkehr. Hierdurch ist auch der Zahlungsverkehr zwischen Esna-Verbindungen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Ohne weiteres ersichtlich, werden hierdurch Folgen hervorgerufen, die das Wirtschaftsleben in den esna-Verbindungen Gebieten aufs schwerste bedrohen. Die Lebensmittel können an vielen Stellen nicht rechtzeitig beschafft werden. Ferner gehen die Gelder für ausgeführte Lieferungen nicht an die Empfänger zufließen ein. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, besonders in Saarbrücken. Es wird gebeten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterchaft, die an erster Stelle hier von betroffen wird, sofort abzustellen. 623. v. Janiol.

Deutschland selbst zu besuchen.

London, 26. Nov. (WB.) Reuters. Der „Daily Chronicle“ sagt: Jemand eine verantwortliche Regierung muß dem deutschen Volk eingeführt werden, sonst können wir keine andere Wahl haben, als Deutschland selbst zu besuchen, bis die Schweregefahren behoben sind. Zu diesem Vorgehen würde man sich natürlich nur mit dem größten Widerstreben entschließen.

Wahl ausgeschlossen.

Berlin, 26. Nov. (WB.) (Mittl.) Das Mitglied des Volksrats, Walz, ist heute ausgeschlossen. Die ihm vom Volksrat erteilte Vollmacht, insbesondere die auf Wegnahme der Erlasse des Kriegsministers, ist erloschen.

Widerrechtliche Gefangennahme deutscher Truppen.

Spana, 21. Nov. General von Winterfeldt übergab in der heutigen Vollsitzung der Waffenstillstandskommission folgenden Protest:

„Die deutsche Strecksgruppe D meldet:

„Entgegen den Bürgen zu den Waffenstillstandsbedingungen, wonach die Truppen unserer Gegner untern Truppen derart folgen sollen, daß eine Sicherheitszone von 10 Kilometern zwischen den gegenüberliegenden Streifkräften stets gewahrt bleibt, sind hiesigen Truppen bereits am 17. 11. 6 Uhr abends in Schleitstadt eingedrückt und haben dort 1. das I. B. Erl. Reg. 2.

2. Posttrupp der Divisionen 2. u. 3. B. 235 und

3. das Ubergabekommando für den Armenachrichtendienst Schleitstadt unter St. Schaffir.

Freigehalten und interniert. Nach Schleitstadt gefandte Parlamentäre sind unverrichteter Dinge zurückgekehrt. Obenlos hat ein an Feuersgruppe Colinaud gerichteter Fünfdruck um Freigabe der internierten Truppen zu keinem Ergebnis geführt. Eine Verdringung zur Festnahme der aufgeführten Truppenteile lag nicht vor.

Daß die Franzosen an dieser Stelle nicht befreit waren, die Befestigungen des Waffenstillstandes zu halten, haben sie auch dadurch gezeigt, daß sie in den nächsten Tagen von Schleitstadt aus unsere Truppen unmittelbar gefolgt sind.“

Das Ergebnis der Reichskonferenz.

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
2. Der Berufung der konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die K. u. S. M. die Republikanten des Volkswillens.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf schleimige Streifzüge eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Aus der Vorgeschichte des Krieges

München, 24. Nov. (RFB). Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Reichens Kurt Eisner hat vor Kurzem bei der Reichsregierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Diese Ansetzung war durch die Einsicht veranlaßt, daß nur durch volle Wahrheit jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könne, das die Voraussetzung für einen Frieden der Weltfriedensliebe ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits bemüht sein, aus diplomatischen Aufnahmen des bayerischen Dienstes aufklärende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Bisher sind aus den Berliner Gesundheitsberichten des Grafen Verchenfeld einige Einzelheiten mitgeteilt.

In einem Bericht vom 18. Juli 1914 hat der bayerische Gesandte Graf Verchenfeld Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem verbannten russischen Ultimatum Österreichs an Serbien bestanden. Es heißt in diesem Bericht: „Auf Grund von Rückschlüssen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Botschaftsleitern in Auenburg, Lizen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsleiter dahier hatte, befreie ich mich, zu berichten: Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat zu unternehmen und der in Vorbereitung einer Note in Belgrad bestehen wird, wird am 25. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung dieser Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Absicht der Serben Polnate und Bismarck von Petersburg abwarten möchte, um mit den Zeitumständen eine Verbindung zu erleichtern bzw. eine etwaige Gegenaktion. Bis dahin gibt man sich in Wien durch gleichzeitige Verzögerung des Reichensministers und Chels des Generalkonsuls den Anschein feilschender Geminnung. Auch auf Brüssel und Berlin ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorgeht, wird hier anerkannt und man bedauert nur, daß Graf Tissa, der anfangs gegen schärferes Vorgehen gemeint sein soll, durch seine Erklärung im ungarischen Abgeordnetenshaus den Schleier etwas gelüftet hat. Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht folgende Forderungen enthalten: 1. Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der österreichischen Bewegung vollkommen fernstehe und sie nicht bilde. 2. Einleitung einer Untersuchung gegen die Verantwortlichen an der Mordeat von Sarajewo; Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung. 3. Entschuldigungen gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gesetzt werden. Daß Serbien demartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand, wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Österreich die ähnliche Etappe nicht selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Es man aber wirklich in Wien sich dazu auflassen wird, erscheint Herrn von Tissa wie Herrn Zimmermann doch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn, dank seiner Entschlossenheit und Festhaltenheit, jetzt eigentlich der starke Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Aufstellung Russen Italiener, Rumänen, Serben und Montenegroer warteten. Einmal erfolgreiches Einschreiten gegen Serbien werde dazu führen, daß Österreich und Ungarn sich wieder als staatliche Mächte fühlen, würde das darniederliegende Wirtschaftsleben wieder aufleben und die fremden Interventionen auf Jahre hinaus abgehalten. Bei der Empörung, die heute in der ganzen

Monarchie über die Maffoi herrsche, könne man wohl auch der slavischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei weitem fortwirkend der slavischen Propaganda, wie Conrad von Hochendorf selbst zugegeben habe, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es für Österreich sich um eine Schlichtungsfrage handle, und aus diesem Grund hat man hier auf Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließe, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. Die Blankovollmacht, die man dem Grafen Verchenfeld und dem Grafen Sogos gab, der zur Ubergabe des allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Memorials hierher gelangen war ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen der Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln. In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben und Herr Zimmermann hatte den Eindruck, als ob es den immer unglücklichen und entsetzlichen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Verzicht und Zurückhaltung gemacht worden sei. Wie sehr man in Wien mit keinen Entschlüssen schwankt, beweist der Umstand, daß Graf Verchenfeld drei Tage nachdem er hier wegen eines Abnahmestills mit Bulgarien hatte anfragen lassen, telegraphisch habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen. Man hätte es daher auch lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Gegenangabe anzubieten.

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Verchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion gesprochen. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser auf der Nordlandreise, der Chef des großen Generalstabs sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, beaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überrollt werden zu sein, wie die anderen Mächte. Weiterhin werden über das vermeintliche Verhalten Deutschlands zu den Mächten allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da: Herr Zimmermann nimmt an, daß jenseitig Entstand als auch Frankreich, denen ein Krieg zuerst kaum erwünscht wäre, auf Russland in friedlichem Sinne einwirken werden. Außerdem baut er darauf, daß „Blüssen“ eines der beliebtesten Requisition der russischen Politik bildet, daß der Risse zwar gen mit dem Schwert droht, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gegen für andere nicht. Ueber England wird gesagt, daß ein Krieg zwischen Zweibund und Dreibund England im jetzigen Zeitpunkte schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Kame es endlich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vertretern würden wir auf der Seite unserer Gegner finden da England befürchte, daß Frankreich im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit das europäische Gleichgewicht gestört werde. Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsleiter Fritz Stalger in Wien schon vor Tagen bei Österreich die Frage einer Entschädigung Italiens durch Abtretung des südlischen Trentino erörtert habe. (Wiß schon damals.) In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die zweifellos redlichen Bemühungen Greys für Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden.“ Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmungsbild telephoniert: Es laufen zurzeit zwei Ultimata — Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden — Petersburg Anfrage nach Grund der Mobilisierung — Paris Anfrage, ob neutral bleibt. Beide werden selbstverständlich ablehnend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag, 1. August am Mittwoch. Der preussische Generalstab sieht den Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen und rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederzulegen zu können. Im französischen Heer herrscht kein guter Geist, wenig Speisegericht, schlechteres Gewehr. Im Bericht vom 1. August, woraus übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalkonsul hat erklärt, daß selbst englische Neutralität um Preis Kaperlieferung Belgiens zu teuer wäre, da Angriffsrieg gegen Frankreich nur auf Linie Belgiens möglich.

Der neue Amnestieerlaß.

Ankündigung der Amnestie auch für gemeine Verbrechen. Der Justizminister hat folgende allgemeine Verfügung erlassen:

Allgemeine Verfügung vom 23. November 1918 über Gewährung von Straffreiheit.

1. Nach Ziffer 6 des Reichsgesetzes vom 12. 11. 1918 (Regierungsblatt S. 1303) ist für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt: Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren sind niederschlagen. Höhere Auslieferungsvorbeurteilungen der Reichsleitung sind noch zu erwarten. Schon jetzt werden die Strafollstreckungsbehörden angewiesen, die Straffollstreckung wegen Straftaten, deren politischer Charakter unbedenklich erscheint, alsbald zu unterbrechen und neue Vollstreckungsmaßnahmen wegen solcher Taten nicht mehr einzuleiten. Die Straffollstreckungsbehörden haben Verfahren wegen Verurteilungen der in Rede stehenden Art nicht mehr zu bestritten und Anträge auf Aushebung anstehender gerichtlicher Termine zu stellen.

2. Auch wegen nichtpolitischer Straftaten ist ein Reichsgesetz über Gewährung von Straffreiheit zu erwarten. Schon jetzt werden die Straffollstreckungsbehörden angewiesen, die Vollstreckung von Strafen, die nicht schwerer sind als drei Monate Gefängnis, nicht mehr einzuleiten und bereits angeordnete Strafen von nicht mehr als drei Monaten alsbald zu unterbrechen.

Berlin, den 23. November 1918

Der Justizminister: Dr. Spahn

Kurt Eisner verteilt Deutschland.

Saag, 23. Nov. Der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner hatte, bevor er sich nach Berlin begab, eine Unterredung mit einem Korrespondenten der „Daily News“. Derselbe erklärte er, seine persönliche Ansicht habe dahin, daß zehn deutsche Republiken gegründet werden müßten. Der Süden müßte ein Gegengewicht gegen Berlin und den Norden bilden. Die „Lage von Berlin-Bewegung“ sei unter den bayerischen Bauern sehr stark. Man könne nicht zulassen, daß Berlin das neue Deutschland beherrsche. Auch sei die Errichtung von zehn deutschen Republiken mit gleichen Rechten geeignet, ein Gegengewicht gegen Berlin herzustellen. Auf der einen Seite müßten die Republiken Bayern, Deutsch-Österreich und die Vereinigten Staaten Böhmen, Württemberg und Hessen, auf der anderen Seite Preußen selbst stehen. Dieses Preußen müßte in drei Republiken zerfallen.

Der Wasserkopf.

Ein Mitarbeiter des „Täg. Corr.“ hat sich der Mühe unterzogen, den Bedarf Getreides an Nahrungsmitteln auszurechnen. Angenommen, auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland durchschnittlich im Tage 5 Pfd. Brot, 1 Pfd. Kartoffeln, 15 Gr. Fett und 30 Gr. Fleisch. Das ergibt schon einen Tagesbedarf von 20 000 Zentner Getreide, 40 000 Zentner Kartoffeln, 1200 Zentner Fett und rund 2500 Zentner Fleisch. Und das ist der heutige Nahrungsbedarf. An Friedenszeiten wird wahrscheinlich mehr Brot, ferner mehr Kartoffeln und fünfmal so viel Fleisch verzehret. Der Bedarf an Rohmilch ist unter heutigen Verhältnissen rund 10 000 Fässer. Auch über die andere Lebensmittel, wie Gemüse, Obst, Jodur, Suppenzutaten usw. braucht Berlin mindestens täglich 10 vollen beladenen Güterzüge zu je 30 Wagen, das Fleisch in lebendem Zustand umzurechnen, zusammen also rund 30 Güterzüge! Täglich! — Der Jahresbedarf der Reichshauptstadt Getreides ergibt natürlich ganz ungeheure Zahlen. 24 000 Zentner Brot sind bekanntlich täglich zu essen, also im Jahre 865 000 Tonnen; von der Bedeutung dieser Zahl macht man sich erst einen Begriff, wenn man bedenkt, daß ganz Württemberg und Baden in einem alten Erntejahr kaum 275 000 Tonnen Weizen und Roggen erntet.

Ein angenehmer „Nebenverdienst.“

Wien, 25. Nov. Der „Berck“ bringt heute die unsehenerregende Enthüllung, daß Kaiser Karl sich für das Oberkommando über seine Armeen nicht weniger als 14 Millionen Kronen jährlich habe zahlen lassen. Einer der Geheimnisse des Kriegensministeriums aus der Abteilung 15 b vom Jahre 1918, der die Nummer 330 trage, gebe darüber Auskunft. Der Akt habe folgenden Wortlaut: „Das Jahressumme des Kriegensministeriums hat an das K. u. S. Hofkassamt die Gebühr seiner K. u. S. Apokryphen Reichsamt in dessen Eigenschaft als Armeekommandant im Betrage von jährlich 14 Millionen Kronen unter Rücksichtnahme von Reiterausstattung an auf die Dauer des Krieges zu übernehmen. Für die Zeit vom Dezember 1918 bis einschließlich Mai 1918 ist diese Gebühr bis 2 250 000 Kronen sofort und für die folgenden Monate am ersten jeden Monats mit 125 000 Kronen zu überstellen.“

Das Schriftstück mußte vorher von fünf Stellen genehmigt werden, darunter auch vom ungarischen und vom österreichischen Ministerpräsidenten und dem Chef des Generalstabs. Interessant ist, daß der Kaiser auch für den Monat November die ganze Fete ausbezahlt erhalten hat, obwohl er bereits am 2. November das Oberkommando niedergelegt hat.

Landtagsabgeordneter Korell.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Korell sprach in einer Verammlung von über 1000 Personen in Bad Reichenhagen folgende u. a.: Ein demokratisches System unter unserem Großherzog wäre mindestens so gut gewesen, wie die jetzige Regierung des K. u. S. Mates, indem oft Leute sitzen, die gar kein Vertrauen in der Bürgerschaft haben. Als mir vor acht Tagen die Stelle des bayerischen Kultusministers angeboten wurde, habe ich abgelehnt, weil ich mir nicht in mein Amt hineinreden lassen will von durch mich zusammengebrachten Soldatenräten, deren Taktik: ich mich nie beugen werde

Der Zusammenbruch der akademischen Berufsstände.

Die Besprechungen der akademischen Berufsstände nach einem letzten Zusammenstoß zur Wahrung deutscher Naturgüter und ihrer Standesinteressen haben gestern in einer Sitzung des Reichsausschusses endgültige Ergebnisse gezeigt. Von zahlreichen anwesenden Vertretern akademischer Berufsgruppen haben 22 mit einer Minorität von 150 000 ihren Austritt erklärt. Aus der Reihe der Organisationen waren genannt: Verband deutscher evangelischer Pastoren, Verein katholischer Priester, Bund höherer Beamten, Verband der Patentanwälte, Verein deutscher Diplomingenieure, Architektenverein, Anwaltverein, Wirtschaftlicher Verband deutscher Zahnärzte, Apotheker-Verein, Juristen- und Bibliothekerverband und andere. Die Organisation der akademischen Berufsstände bedeutet die Polarisierung des Akademikerstandes, nicht aber die Veräußerung in parteipolitischen Sinne. Die Solidarität seiner Angehörigen wird dafür sorgen, daß seine Interessen gewahrt und ihm die Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben der Gegenwart gewährleistet bleibt. In wenigen Wochen wird die großangelegte Zusammenfassung sich auf das ganze Reich ausgedehnt haben und ihren Einfluß geltend machen. Das Sekretariat des Reichsausschusses, Berlin NW. 7, Georgenstraße 44, verhandelt das Programm.

Den Chronen müssen auch die Alläre fallen.

So verstand; Rudolf Goldstein in der Bereinigung geistlicher Arbeiter zu Wien. Und der Schriftleiter des Wiener Blattes „Der Abend“, Cohn-Alberts, begrüßt jubelnd die Tatole und rühmt von dem Ausspruch, daß ein solches Wort zu solcher Stunde und aus solchem Munde den Mut verlangt, die Überzeugung höher zu stellen als den natürlichen Takt des innerlich vornehmten Menschen. — Mit solchem Klappflanzlorbus kann man wohl den Verlust unterstützen, attergebracht, mit der Bekämpfung und Verhütung eng vermachene Entstellungen und Zustände zu verhindern, aber die Verluste werden auf Widerstände hohen Widerstand erregen und Leidenschaften aufwachen deren unerschöpfte Kraft und Gewalt den Kutschern und ihrem Knecht selbst zum Verderben werden wird. Die Bestrebungen alle Weltländer samt ihrem Kultus zu begraben, haben den religiösen Regenten und Staatsmännern nur Enttäuschungen und sogar den Untergang gebracht. Selbst das Christentum mußte, um durchzuführen, die Sprache, Normen und Metriken der alten Religionen in sich aufnehmen und sogar die Gebrauche der heidnischen Deutschen annehmen, um sich selber durchzuführen. Der irdische Bruch mit der christlichen Aufstellung und ihren Einrichtungen ist ein Einriß in das Reich der Volkstüchtigkeit und in die Freiheit des Gemüths, der sich an den Anarchisten und ihrem Lehren schwer erheben wird. Aus dem Drogenrauchen die sie hier, werden vielen erlösen, die ihnen der Garaus machen werden. Die religions- und kirchenfeindlichen Revolutionäre schärfen mit ihren unbedenklichen Forderungen eine Bemeinung herauf, die den heidnischen Teufelsknecht den Anlock geben wird unter Land eben so erfolgreich zu bekämpfen. Sie lassen darüber kein Zweifel, indem sie erklären, daß sie nur dann wenn Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird, Lebensmittel leben und vor Hungersterben können. Im anderen Falle werden sie mit den heidnischen Wäldern nicht über den Frieden verhandeln, sondern vorerst den Volkserzürnen überlassen. Wie also jetzt Zeitverdrüß ist der ein Feind des Volkes und Vaterlandes und bringt noch die Feinde ins Land, die von unseren Truppen vier Jahre lang abgehalten wurden.

Die Nahrungsmittelversorgung.

W. Vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes Wurm erhalten wir folgende Mitteilung:

In der österreichischen Presse hat es vielfach Besrem den erregt, daß Deutschland kurz vor der Hungersnot stehen soll. Wie sich jetzt zeigt, ist die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands früher viel zu glücklich eingerichtet worden. Dazu kommen die Vorräte der militärischen Niederlagen; in den von Deutschland besetzten Gebieten des Ostens waren ungefähr 1.500.000 Metzen und 300.000 Werde untererbrocht und verlor. Die Getreidebestände mit der Ukraine und mit dem Ostasiengebiet versprochen nach Ansicht der dortigen Wäldhaber reichliche Zufuhren an Getreide und Lebensmitteln. Insbesondere glaubte man auf dem See- und Donauwege große Mengen von Delfanten und Del heranzuführen zu können. Dies alles ist mit einem Schläge zusammengebrochen. Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte namentlich bei Kartoffeln. Mit dem Augenblick des Waffenstillstandes haben fast alle Kriegsernährungsamter, auf deren Arbeitkraft die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen von Rentnern Kartoffeln in der Erde gelassen und sind bei dem unermüdet früh eingetretenen Frostwetter dem Verderben anheimgefallen. Der heimische Viehbestand zehrt von Monat zu Monat eine geringere Ertragsleistung an Schlachttier und sonstigen tierischen Produkten. Schon seit 2 Jahren mußte in unsern Viehbestand tief einoriffen werden, um auch nur die ungenügende Fleischproduktion aufrechtzuerhalten. Dabei konnten Millionen nicht gedeckt werden, woraus sich für die Kindererziehung die entsetzlichsten Folgen ergeben mußten. Durch den auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen überreifen Marktmarkt und Rücktransport des Seeres ist eine ordnungsmäßige Vermittlung des Viehbestandes und dessen restliche Aufzucht in die Heimat unmöglich geworden. Verdrückt wird diese Not noch durch die uns ausgerechnete überhöhte Abgabe der Transportmittel, wodurch Störungen im Verkehr zwischen Räumen, Wäldern, Rohstoffmüllfabriken, Verleumdungen stellen und Kommunikationsergebnisse unvermeidlich sind, ferner dadurch daß in manchen Gegenden die örtlichen Gemalten die Versorgung ihres Wirkungsbereiches den berechtigten Anfordern der Gesamtheit verweigern, jedoch bedeutende Mengen von Vorräten vorrätig und planwidrig dem ungenügenden Verbrauch ausreicht werden.

Durch alle diese Verbindungen ist eine Lage entstanden, in der nur kleinste Heranzuführung von ausländischen Nahrungsmitteln das deutsche Volk vor Hunger bewahren kann, selbst wenn die Randversorgung in Erkenntnis der drohenden Lage zur Abklärung aller entscheidenden Feldfrüchte und zur gewissen Innehaltung der lebenswichtigen Verordnungen bereit ist.

Hungersnot.

Kolterbad, 21. Nov. Der Spezialberichterstatter der Londoner „Times“, der in Wien eingetroffen ist, telegraphiert, daß die Stadt unter der Revolution wenig gelitten habe. Fast alle Familien sind in Trauer. Die Weiber erreichen fabelhafte Preise. Ein Paar Schuhe kosten 720 Kronen, ein Hut 125, ein molleses Halbtuch 30 Kronen. Die bahnischen und anarischen Grenzen sind geschlossen und die Frage der Lebensmittelversorgung ist beängstigend. Niemand weiß, wie und wann die von den Allierten versprochenen Lebensmittel eintreffen. Die Arbeiter leben ausschließlich von Kostanten. Wenn dieser Zustand andauern sollte, lände Wien vor einer schrecklichen Hungersnot.

Paris, 21. Nov. Maurice Brax schreibt dem „Welt Boten“ aus Konstantinopel: In Konstantinopel sind im letzten Winter 100.000 Personen Hungers gestorben. Die Lebenshaltung hat sich um 30 Prozent vermindert. Ein Kilo Brot kostet 5 Frank, Butter 70 Frank, Reis 100 Frank, Hühner 115 Frank, Eier 40 Frank, ein Paar Schuhe 400—1200 Frank. Der französische Konsul sagte mir eine Weile, für die er 1500 Frank bezahlt hätte. Und als Ergänzung sei noch mein heutiges Frühstück erwähnt: Es bestand aus Fisch einzigen Gramm Knoblauch mit Reis, einem Apfel und Kaffee — macht 65 Frank! Die zahlreichen französischen Familien, die unter solchen Verhältnissen leben müssen, heimgeschaffen, ist eine dringliche Bitte.

Denunziationen!

Vielen Lesern scheint der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat die endlich geflossene Weisheit zu sein, die lebhaft dazu da ist lange juristisch-fachlichen Behauptungen ein offenes Ohr zu leihen. An und für sich wäre gegen diese Ansicht wenig einzuwenden, Gerecht vorgebracht, sachgemäße Klagen anzuhören und nötigenfalls Abhilfe zu schaffen, gehört zum Programm des Arbeiter- und Soldatenrates. Nicht aber kann es Aufgabe des Soldatenrates sein, jedes Schreiben, das in ähnlicher Umachung jeder Namensnennung der Person bedürftige Aufstände auf's Tapet zu bringen sucht und damit Manipulationen aus Ficht des Tages ziehen will, zum Gegenstand freierer Nachdenken zu machen. Es mehren sich diese Fälle in unheimlicher Weise. Diejenigen Gerichtsverfahren, die nicht den Mut haben ihren Namen zu nennen, täten besser daran zu Schweigen und wenn sich unter dem omnibiden „Ein Genosse“ zu verbergen nicht, der möge sich gefasst sein lassen, daß er kein Genosse, sondern ein Schwärzer ist. Wenn Denunziationen für und vor geöffnet werden, so muß der Arbeiter- und Soldatenrat notwendig dagegen Front machen. Derartiges aus dem Dunkel gestellten Weiten wird strengstens auf die Spur geonnen und auf diese Weise erlangte anonyme Gelder zur Reservenhaft herangezogen.

Arbeiter- und Bauernräte für den Kreis Friedberg.

Delegierten-Versammlung

am Sonntag, den 20. November, nachmittags 1/2 3 Uhr, im Ratskeller (Kaiserstraße 19) zu Friedberg.

Tagesordnung:

1. Feststellung von Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte auf dem Land.
2. Die Frage der Volksernährung.
3. Berichtes.

Die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte werden gebeten, mindestens je ein Mitglied aus den beiden Berufsständen zu der Versammlung zu entsenden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat zu Friedberg.
Repp. Heidenreich.

Aus der Heimat.

Friedberg, 27. Nov. Eine idemrische Kunde durchschleifte heute früh unsere Stadt: Herr Dr. Krombach ist heute nacht der städtischen Kronheit, die in unserer Heimat wüthet, erlesen. Dr. Krombach hat als einer der tüchtigsten Aerzte, namentlich war er als gebildeter Operateur bekannt, das allgemeine Vertrauen der hiesigen Bevölkerung erworben. Seit vor einigen Wochen kehrte er aus dem Felde zurück und jetzt hat ihn in der Heimat der Tod ereilt.

E. F. Friedberg, 27. Nov. (Epona, Männerabend.) Es wird die Besucher unserer Abende herzlich freuen zu hören, daß Herr Geh. Rathsherr D. Schöell sich bereit erklärt hat, noch einmal vor seinem Pensionat ansetz zu sein und zu uns zu sprechen. Die Zusammenkunft findet am Freitag, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr im „Deutschen Haus“, am neuen Bahnhof (Nebennummer) Bett. Das Thema des Abends lautet: „Gemeinwesen und die städtischen Einwohnenden“. Wir sind überzeugt, daß ein zahlreicher Besuch Herrn D. Schöell gegen wird, wie sehr man seine Tätigkeit in unserer Gemeinde gerade auch bei diesen Besprechungsabenden, die er ins Leben gerufen und geleitet hat, zu schätzen weiß.

Beziehung der abgelieferten Specks. Nach einer Bekanntmachung des höchsten Ernährungsamtes werden nunmehr für den aus Hausfleischungen, schmelzenden Speck befohl: für frischen Schmalz 275 das Pfund, für frischen Wäldspeck 355 das Pfund für geräucherter Schmalz 325 das Pfund, für geräucherter Wäldspeck 4 M. das Pfund.

Das Kriegsernährungsamt hat bestimmt, daß die bei der Demobilisierung aus den Heeresbeständen als Kuchtiere nicht mehr verwendbaren, nur noch als Schlachttiere tauglichen Pferde an die Landesfleischstelle zum Preise von 75 W. für aufgenährte, für 60 W. für mittelmäßig genährte und von 50 W. für alle übrigen Pferde für 1 Pfund Lebendgewicht abgegeben werden, damit das Fleisch zum geltenden Höchstpreis an die Verbraucher unter Aufsicht heidenden unerbauten Zwischenhändlers verkauft werden kann. Den Landesfleischstellen wird die strengste Kontrolle hierbei zur Pflicht gemacht. Auf die gewöhnliche Fleischkarte erhält derjenige, der sich bei einem Pferdemeher einschreiben läßt, die doppelte Fleischmenge. Gleichzeitungen im Verkaufserwerb. Bisher ist es aus Mangel an brauchbaren Verpackungstoffen, Windfäden, Siegelstoff usw. den Abnehmern vielfach nicht möglich gewesen, bei Volkspaten von der Wertanabe Gebrauch zu machen. Infolge-

dessen wird bei den fehlenden Käben wegen der Schabenerfah, der seitens der Volksernährung auf Grund des Verhältnisses in Verlust- und Beschädigungsfällen zu leisten war, oft hinter dem wicklichen Wert der Sendungen zurück. In entgegenkommender Weise hat nun der Staatssekretär des Reichs-Volkstags verfügt, daß vom 15. November ab bei Paketen mit einer Wertangabe bis 100 Mark verhältnismäßig keine höheren Anforderungen an Verpackung und Versicherung zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mark keine Versiegelung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Abnehmer möglich gemacht, Pakete im Wert bis 100 Mark ohne weitere Schwierigkeiten unter Entziehung der Versicherungsgeld von 10 W. als Wertpakete aufzuschießen. Gehen dertartige Pakete verloren oder werden sie beschädigt, oder geraubt, so wird bei der Erstattung die Wertangabe zu Grunde gelegt, sofern nicht der ansonstene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Fall wird nur der letztere erlet. Aus Betriebsgründen ist bei Paketen bis 100 Mark der Wert nur auf den Paketen selbst anzugeben.

F. C. Frankfurt a. M., 24. Nov. Die von Weiser aus gemeldet wird, wird das aktive Infanterie-Regiment Nr. 81 nach Weiser kommen, außerdem die Reste des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 81.

F. C. Vom Wein, 24. Nov. Ein freudiges Ereignis wurde dem Landwirt Hottentoth in Fuchshat zu teil. Als er vorgestern vom Felde zurückkehrte, wurde er von seiner Frau mit zwei kräftigen Knaben und einer Tochter beschenkt.

Aus Eisenbura.

F. C. Griesheim b. Darmstadt, 24. Nov. Der Unglücksfall auf dem hiesigen Bahnhofsplatz, dem sechs junge Menschenleben zum Opfer gefallen sind, ist jetzt aufgeklärt worden. Die Jungen hatten sich an einem Komplexionzug zu schaffen gemacht, das kurz vorher von der Front gekommen und auf dem Bahn niedergerungen war. Einer der Jungen war in das Klänge gestiegen und hatte den Berührungshebel niedergedrückt. Dadurch explodierte das Klänge. Der in dem Klänge stehende 14jährige Ludwig Küttner verbrannte fast völlig. Der gleichalterige Georg Wetmann und der 14jährige Wilhelm Wmuh wurden von Splittern verletzt, der 10jährige Karl Weber, die 14jährigen Eleonora Hmuh und Heinrich Gernand wurden so schwer verletzt, daß sie tags darauf verstarben.

F. C. Griesheim, 24. Nov. Im hiesigen Amtsgerichtszugungs widerlegte sich ein Antrag den Anordnungen des Gefangenenausschusses, prüft diesen an, verlegte ihn so sehr, daß er deuntunfähig geworden ist.

F. C. Weiberg, 24. Nov. Ein hiesiger, in der Stoppel läßt gemelter Bahnschlepper kehrte vor einigen Tagen hierher zurück und trachtete mit zwei Wagon Kartoffeln, eine Ladung Heu eine Kuh, und eine Menge Hühner. Die Polizei bekam Wind von der Sendung und beschlagnahmte sie.

F. C. Weiberg, 24. Nov. Der hiesige Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat hat den Stadtverordneten mitgeteilt, daß gemäß einem Beschlusse des Rats Bürgermeister Dr. Köstlin dater seines Amtes als Bürgermeister entlassen, die Polizeikommissionen löstet und der Inhaber dieser Stelle, Polizeikommissionar Weiser dieses Amtes entlassen worden ist. Nach eingehender Aussprache lösten die Stadtverordneten gegen zwei Stimmen den Beschluß, daß die rüglichen Beschlüsse des Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats gegen die Städteordnung und gegen die Vertragsabmachungen mit den beiden Herren verstanden und die diese Beschlüsse ummöglich aufzuheben können.

Aus Eichen-Rassau.

F. C. Wiesbaden, 24. Nov. Vom Staatssekretär Erberger ging an den Arbeiter- und Soldatenrat daher auf das gemeinliche Telegramm der hiesigen Behörden an die Weisungskommission wegen Nichtbefolgung Wiesbadens durch den Feind folgende Antwort ein: Zurzeit keine Aussicht, daß der Wunsch von Wiesbaden, keine fremde Besatzung zu erhalten, erfüllt wird. Die Bemühungen gehen weiter.

F. C. Wiesbaden, 24. Nov. In der vorgestern abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung in Wiesbach reuemierte der Stadtverordnetenrat den Stand der Einmündigungsangelegenheiten der Stadt Wiesbaden mit Bericht dahin, daß die Wiesbacher Einmündigungscommission von dem Bürgermeister Traubers jetzt nicht in der Lage sei, die: Anzeigenszeit weiter zu fördern. Sie müße zurückgestellt werden.

F. C. Jöhlen, 24. Nov. In einer Versammlung der hiesigen Lederfabrikanten wurde beschließen, ihre sämtlichen hiesigen Arbeiter, trotzdem mehr Anträge noch Rohwaren vorliegen, zu beschaffen, außerdem die heimkehrenden Krieger, die vorher in ihren Betrieben tätig waren, zu beschäftigen und die leiberrigen Löhne weiter zu bezahlen. Als Arbeitlozig kommt der Wäldstundentag in Betracht.

F. C. Schierstein, 24. Nov. Der hiesige Arbeiter- und Bauernrat wurde auf Antrag der hiesigen Ortsgruppe der fortschrittlichen Volkspartei um folgende Herren erweitert: H. J. Kirshöfer, Georg Rieth und Fritz Philipp.

F. C. Döpheln, 24. Nov. Die Gemeindevertretung beschloß für eine Reihe von Arbeitsangelegenheiten zu sorgen, über weitere Rohlandsarbeiten von Holz zu Fall zu beschließen und setzte den Stundenarbeitslohn für Erzwahlene auf 80 W., für Zugewandte auf 60 W. fest.

F. C. Döpheln, 24. Nov. In der Sitzung des hiesigen Arbeiter- und Bauernrats wurde über die Arbeitsbeschäftigungskasse Klage geführt und von einem Schriftwechsel Kenntnis gegeben, in dem diese Stelle gelieferte tanze, oeriposte Butter, die vom Lebensmittelüberwachungsamt in Frankfurt für den menschlichen Genuß permissen worden, für verwendbar erklärt. Der Rat beschloß, die Arbeitsbeschäftigungskasse für solche unechte Mischlinge zur Verantwortung zu ziehen.

Verantwortlich für den politischen und lokalen Teil: Otto Dirfel, Friedberg; für den Anzeigenteil: A. Deumer, Friedberg. Druck und Verlag der „Neuen Tageszeitung“, A. G. Friedberg i. S.

Merde-Versteigerung

Am 28. d. Mts., von 10 bis 11 Uhr ab, werden auf dem Hofe von F. Schneider & Co. Gannauerstr. Nr. 11

50 Pferde

leichten und schweren Schlages, sowie

5 Wagen

öffentlich versteigert. Wiederbegehrt werden alle an der Versteigerung nicht beteiligten.

Gantionverwaltung.

Schulversteigerung

Friedberg, den 22. d. Mts. vormittags 11 Uhr an obengenanntem Ort, auf dem Knecht, etwa

120 Stk Buchstabe und Lämmer

zur Versteigerung.

Friedberg, den 22. Nov. 1918, 3 U. Heubl. Schneider

Versteigerung.

In der Höhe der Heinrich Martin Erben, Franzstr. Nr. 120, sollen am 23. November 1918, vormitt. 9 Uhr, versteigert werden:

- 5 verschiedene Wagen
- 1 Schaufelzug
- 1 eiserne Pflug
- 1 eiserne Egge
- 1 Stein- u. Aufspflug
- 1 Handmaschine
- 1 Windfahne
- 1 Walze
- versch. Pferdegeschirre
- Pferdelederdecken
- Sommersdecken
- wollene Decken
- verschiedene Ketten und sonstiges mehr.

Ostgericht Wibel. Amt.

Versteigerung.

Wegen Todesfall und Aufhebung des Ehevertrages verlehne ich bis 10 Uhr, den 7. Dezember 1918, vormittags 10 Uhr, in meiner Wohnung

versch. Werkholz.

gehob. Buchen-Böden, welche sich in einem Ergefallen, zeigen sind.

1 Quant. gehob. Felgen,

1 Quant. gehob. Spindeln,

1 noch nicht geb. aushen

Schleisseln und versch.

Werkzeugen, 27. Nov. 1918.

Heinrich Viel H. Wm.

Für ein Hofgut in der Nähe Friedberg wird zum baldigen Eintritt ein tüchtiger

Hofverwalter und Buchhalter

gesucht. Angebote unter Nr. 2242 an die Geschäftsstelle der „Neuen Tageszeitung“.

100 Stk Schwefel.

Ammoniak

in conc. Lösung als Düngemittel abgegeben.

Friedberg, Heubl. Nr. 14, 1.

Ein paar prima jugliche

Fahrräder

hat abgegeben

Adolf Coburger Wwe.,

Winnackerstr. Nr. 120,

Station Reichelsheim, Weidenau.

Zum Schlachten!

Pfeffer (sehr gemahlen)

Meisen, Thymian

Majoran, Konjunktiv

Wurstfardel.

Adolf Schmidt Friedberg i. S. Kaiserstraße 2.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme an unserem herben Verluste unseres lieben guten Sohnes, Bruders und Enkels

Albert

sowie bei der Gedächtnisfeier überaus zahlreicher Anteilnahme sagen wir allen, besonders Herr n. Delan Witzel für seine erhebenden tröstlichen Worte auf diesem Wege innigen Dank.

Seuchtheim (Wett.), den 27. Nov. 1918.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

A. d. H. Otto Weich.

Behruntmachung.

Am 27. 28. und 29. November werden von den auf Versteigerung beschriebenen in den sächs. Pferdehallen an sämtliche Haushaltungen je 100 Stk Presssteine zum Preise von Mk. 6.— ausgegeben.

- Die Ausgabe der Bewusstseinssteine erfolgt an den gleichen Tagen an obiger Stelle zum Preise von Mk. 6.— in der Volkshalle, Eingang Hauptstraße, und zwar für die Empfänger in der Reihenfolge:
1. Bezirks-Protokoll-Nr. 1-50 Mittwoch, den 27. November, vormittags von 8-12 Uhr
 2. Bezirks-Protokoll-Nr. 51-100 Donnerstag, den 28. November, nachmittags von 2-5 Uhr
 3. Bezirks-Protokoll-Nr. 101-150 Donnerstag, den 28. November, vormittags von 8-12 Uhr
 4. Bezirks-Protokoll-Nr. 151-200 Donnerstag, den 28. November, nachmittags von 2-5 Uhr
 5. Bezirks-Protokoll-Nr. 201-250 Freitag, den 29. November, vormittags von 8-12 Uhr
 6. Bezirks-Protokoll-Nr. 251-300 Freitag, den 29. November, nachmittags von 2-5 Uhr

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Presssteine nicht nach Empfang des Bewusstseinssteins abgeliefert werden müssen und die Bezugsberechtigten die oben angegebenen Zeiten genau einhalten, damit für gelieferte Presssteine in der Folge keine Schwierigkeiten zu vermeiden sind. Den Anmelde- und Kontrollkarten an den einzelnen Ausgabestellen ist unbedingt Folge zu leisten.

Im dem Bezug der Presssteine an die Haushaltungen sind alle Wohnungsverhältnisse mit Berücksichtigung der derzeitigen Haushaltungen, die durch den Armenfonds Presssteine zugewiesen erhalten.

Friedberg, den 25. November 1918.

Städt. Darlehenskasse Friedberg i. S. Damm.

Dringende Mahnung.

Gemäß Verfügung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung, Berlin Wst.: Gas und Wasser, vom 14. November 1918, werden die Bestimmungen über die Einschränkung des Gasverbrauchs in Kraft.

Hierauf bezeugend und unter Hinweis auf den Ernst der Kohlenlage werden die Gasabnehmer hiermit auf die größte Spartheit im Gebrauch der Gaslampen, Kocher und Heizapparate zu veranlassen.

Ob die bisher regelmäßige Versorgung des Gaswerks mit Kohle in recht erlässen werden kann, ist nach dem Stand der gegenwärtigen Verhältnisse mehr als fraglich und wenn daher eine ununterbrochene Versorgung erst in der kommenden Zeit sichergestellt sein soll, ist es unbedingt erforderlich, daß jeder unnütze Gasverbrauch streng vermieden wird.

Wir ermahnen aus diesem Grunde nochmals sämtliche Gasabnehmer den Verbrauch der Gaslampen, Kocher und Heizapparate auf das äußerste Maß einzuschränken.

Sollte unsere Mahnung nicht genügend berücksichtigt werden, so sind mit geübten Spritzen einzulassen und nur an einzigen Stunden des Tages Gas abzurufen.

Friedberg, den 25. November 1918.

Städt. Licht- und Wasserwerke Friedberg i. S. Baiter

Verteilung Landwirte v. Frankfur a. M. v. umgegend, e. V.

Geschäftsstelle Frankfurt a. M., Kronprinzenstraße 41. (Kronprinzenbau) — Fernruf Nummer 4204.

Abstellungen von am Dienstag, Donnerstag, Freitag, nachmittags von 2-4 Uhr. — Geschäftsangelegenheiten in diesem Raum nur für unsere Mitglieder: dieselben sind kostenlos, jedoch muß der Mitgliedschaftsbescheinigung beigelegt werden.

Arbeitspferd

zu verkaufen bei

Johannes W. Diebenbach, Dietzschbad

Ferkel

zu verkaufen.

Jean Schuldt, Etaden.

Heimgeliehener Krieger

Sergeant, 39 Jahre alt, auf dem Lande groß geworden und mit andern Arbeiten vertraut, in der Buchführung bewandert, sucht eine Stelle am liebsten auf einem Gut. Geübter, der mit Hund anreisen könnte, wurde sich für einen

Vertrauensposten

eigenen Angebote unter N. an die Geschäftsstelle der „Neuen Tageszeitung“.

Pferde zum Schlachten

läßt mit behördlicher Genehmigung

Wilhelm Scherf, Pferdemezgerei

Friedberg, Kaiserstraße 28 und Waggel 19

Geschäft ist täglich geöffnet von 8-12 und von 1-5 Uhr.

Bersteigerung.

Am Freitag, den 29. November 1918, vorm. 10 Uhr beginnend, findet vor dem Heilighen Hof in Buchbach Versteigerung von

- 47 Kühen (darunter 37 hochtrüchtigen, 4 frischmelkenden)
- 4 Schweinen, 1 Zentrifuge, 1 Butterfass

Handler werden nicht zugelassen. Erzeuger haben durch behördlich beglaubigten Ausweis nachzuweisen, daß sie das Vieh pp. für eigenen Bedarf erwerben wollen und nicht Händler sind.

Der Kaufpreis ist sofort zu erlegen, Klagsanträge sind in Zahlung genommen.

Nähere Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben.

Buchbach, den 25. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat: Wittke. Kline.

Hahe meine Tätigkeit wieder aufgenommen.

Sprechstunden von 8 1/2 bis 7 Uhr abends, Sonntags von 9 bis 12 Uhr.

Zahn-Praxis P. Allfeld,

Friedberg, Hanauerstrasse 13.

Weihnachtsbitte für die Kleinkinderschule.

Wer gibt uns auch dieses Jahr eine Gabe, um unsere lieben Kleinen beschützen zu können?

Zur Empfangnahme sind wieder bereit: Fräulein Amalie Blum, Frau Fritzer Kieberger, Frau Kreisler, Frau Schenk zu Schwabenberg, Frau Kaufmann Alexander Weber.

Gulsortiertes Lager in Herren-, Damen- und Kinder-Mäntel

moderne Machart

Ferner empfehlen wir: Kostüme, Blusenstoffe, in Wolle, Seide u. Halbwolle, Buckskin-Herren-Joppen u. -Kosen, Collern, Pferdedecken, St. ümpfe für Herren, Frauen u. Kinder, Dämewästen, Kapuzen, Pelze, Handschuhe, Korsetts, weisse Damen- u. Kinderhemden zu wässigen Preisen

Bartholmai & Kirchhof, Friedberg.

Zum Schlachten!

la. weite Kranzdärme, la. weite Mitteldärme,

la. große Ochsenbutten, sowie Rinds-, Kalbs- und Schweineblasen, reingemahlener Pfeffer,

Wurstfardel und Pfefferessig

empfehlen

Georg Wilh. Zöll, Friedberg i. H. Kaiserstraße 12, Telefon 419.

Gastwirtschaft „Zur Rose“ vom 1. Dezember ab geschlossen ist.

Reichelsheim i. d. W. Adolf Konrad.

Zigarren.

Durch einen Gelegenheitskauf bin ich in der Lage, eine beschränkte Anzahl gut abgelagerter Zigarren in mittlerer bis teurerer Preislage in **Mänteln von 50 bis 100 Stück** abzulassen.

Günstige Gelegenheit für Weihnachtseinkäufe.

Zigarrenhaus Adolf Wolff,

(gegenüber dem Bahnhof) Friedberg in Hessen.

Stempel und Petschaste für Soldaten-, Bürger-, Bauern- u. Arbeiterräte.

Friedr. Streckfuß, Friedberg i. S.

Warme

Damen- u. Kinder-Mäntel

In allen Grössen

Mayer J. Nirsch, Friedberg (dem Rathhause gegenüber)

Frachtwale Seide

für Blusen, Kleider und Mäntel in grosser geschmackvoller Auswahl. Heinrich v. d. Emde, Friedberg, Kaiserstr. 125.

Gelegenheits-Geschenke

für Weihnachten, Geburstage u. Konfirmation. Man bestimme sich schon Auswahl-Endungen von Wilhelm Lorey, Uhrmacher und Goldarbeiter, Niederrheinstr. 10.

Prima Rauchtabak-Mischung

jed. ohne Beimischung von Buchenlaub, aus der Fabrik von Gg. Ph. Gail in Glessen zum aufgedruckten Preise von Mk. 1,15 p. Pak. empfiehlt

F. Hilbrecht

Friedberg (Hessen). Der Name des Fabrikanten bürgt für die Güte des Tabaks.

Dasselbst ist auch d. längst erwartete Sendung von feinst. Einmach-Essig per Lt. 1,20 Mk. nun endlich angekommen.

Officiere prima dreitbüdige Oldenburger

Ferkel

mit Schlappohren zur Zucht und Schnellmalt rechnet, ge. und auswendig, gute Pfeffer

6-8 Wochen	75-100
8-10 "	75-100
10-12 "	100-150
12-15 "	120-150

amliche Tiere sind freistierartig erzogen. Der and unter Kadma me. Für gesunde, lebende Antunit wird garantiert.

Peter Stuver,

Düsseldorf, Cölnstr. 332, Tel. 2049.

Bin vom Militär entlassen und nehme wieder Anmeldungen auf

Kauschmattungen

entgegen

Heinrich Rupp, Friedberg, Kaiserstraße Nr. 101.

Lehrmädchen

für 6 Monate Lehrzeit zum sortigen Eintritt gesucht. Dauer des Aufschreibes-Kurses 4 Wochen.

E. Haar, Friedberg, Heubl. Nr. 14, 1. Trepp.

Wissenskarten (Kleber schnell und blüß)

Neue Kugelschreib- und Feder- u. Blei- u. K. G.